

## Inhaltsverzeichnis

### Was heißt Konsumentenschutz im öffentlichen Recht?

von Univ.-Prof. Dr. *Bernd Schilcher*, Graz

Seite

I.	Übermacht im öffentlichen und im privaten Bereich . . . . .	1
II.	Zur Entwicklung des Schutzgedankens . . . . .	2
III.	Umarmung durch den Sozialstaat . . . . .	5
IV.	Steuer- und Sozialrecht als „Kleingedrucktes“ . . . . .	6
V.	Konsumentenschutz gegen den Staat? . . . . .	7
VI.	Rechtsschutzmängel durch Kombination von privatem und öffentlichem Handeln . . . . .	9
VII.	Unseriöse Praktiken des Gesetzgebers . . . . .	11
VIII.	Überblick . . . . .	15

### Konsumentenschutz im Bereich der öffentlichen Energieversorgung

von Univ.-Prof. Dr. *Josef Aicher*, Wien/Salzburg

I.	Zur Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes . . . . .	17
1.	Öffentliche Energieversorgung als Rechtsbegriff . . . . .	17
2.	Energieversorgung als öffentliche Aufgabe . . . . .	19
a)	Energieversorgung als Daseinsvorsorge . . . . .	19
b)	Elektrizitäts- und Gasversorgung als öffentliche Aufgabe . . . . .	21
c)	Marktmacht und öffentliches Recht . . . . .	23
d)	Ziele und Reichweite der hoheitlichen Einflußnahme . . . . .	24
II.	Der funktionelle Gehalt der Allgemeinen Versorgungsbedingungen der Energiewirtschaft im Spannungsverhältnis von Energiewirtschaft und Konsumentenschutz . . . . .	27
1.	Nachteile für den Abnehmer gegenüber den Regelungen des ABGB . . . . .	27
2.	Die Rechtslage in der Bundesrepublik Deutschland . . . . .	31
3.	Die Bedeutung des § 15 KSchG . . . . .	32
III.	Die Rechtsnatur der AVB . . . . .	35
1.	Die AVB Elt und die AVB Fernwärme . . . . .	36
2.	Die AVB Gas . . . . .	38
a)	Der Stand der Meinungen . . . . .	39
b)	Zum normativen Bezugsrahmen der AVB Gas . . . . .	40
c)	Die AVB Gas — ein Gesetz? . . . . .	41
d)	Die AVB Gas im Verhältnis zum KSchG . . . . .	42
e)	Zum Problem des § 7 EnWG . . . . .	43
f)	Eigene Stellungnahme . . . . .	43
3.	Zusammenfassende Würdigung . . . . .	45



	Seite
IV. Die AVB der Elektrizitätswirtschaft im Lichte des KSchG . . . . .	46
1. AVB Elt und Verbrauchergeschäft . . . . .	46
2. Rechtspolitische Aspekte der Einbeziehung der Elektrizitätsversorgung in den Geltungsbereich des KSchG . . . . .	47
a) Der Standpunkt des KSchG . . . . .	47
b) Der Standpunkt des deutschen Rechts . . . . .	48
c) Überzogener Konsumentenschutz bei aufsichtsbehördlicher Kontrolle? . . . . .	49
d) Freizeichnung und Preisgestaltung . . . . .	50
e) Mögliche Zweigeleisigkeit von aufsichtsbehördlicher und gerichtlicher Kontrolle . . . . .	51
3. Kritische Analyse einzelner Bestimmungen der AVB . . . . .	53
a) Entschädigungslose Inanspruchnahme von Abnehmergrundstücken (Abschn III Z 3 AVB Elt) . . . . .	53
aa) Versuche einschränkender Interpretation . . . . .	54
bb) Konfrontation mit § 864 a ABGB . . . . .	56
cc) Konfrontation mit § 879 Abs 3 ABGB . . . . .	58
dd) Der dispositiven Ordnungsrahmen der §§ 354, 364 und 365 ABGB . . . . .	60
ee) Eigentumsbeschränkung oder enteignungsgleicher Eingriff? . . . . .	61
ff) Wesentliche Beeinträchtigungen als entschädigungspflichtige Sonderopfer . . . . .	63
gg) Fazit: „Gröbliche Benachteiligung“ bei reinem Fremdinteresse . . . . .	65
b) Die Haftungsfreizeichnung des Abschn II Z 5 AVB Elt . . . . .	67
aa) Einschränkung auf die typische Betriebsgefahr . . . . .	67
bb) Fälle aus der Judikatur des BGH . . . . .	70
cc) Die Auffassung des OGH . . . . .	71
dd) Unvereinbarkeit des Haftungsausschlusses mit § 6 Abs 1 Z 9 KSchG . . . . .	74
ee) Die Freizeichnungsklausel in den Sonderabnehmerbedingungen . . . . .	76
aaa) Das Verhältnis von § 6 KSchG und § 879 Abs 3 ABGB . . . . .	77
bbb) Das Problem des Haftungsausschlusses bei grober Fahrlässigkeit . . . . .	78
ccc) Die Interessenlage des Sonderabnehmers im Verhältnis zum kontrahierungsverpflichteten EVU . . . . .	80
ddd) Schlußfolgerung . . . . .	82
c) Haftungsausschluß bei Prüfung von Kundenanlagen (Abschn V Z 8 AVB Elt) . . . . .	82
aa) Haftungsausschluß und Prüfungspflicht . . . . .	83
bb) Das Problem der erkennbaren Mängel . . . . .	84
d) Beweislast bei Beschädigung von Meßeinrichtungen (Abschn VI Z 6 AVB Elt) . . . . .	85
e) Die Gerichtsstandvereinbarung des Abschn X . . . . .	86
f) Das Aufrechnungsverbot (Abschn VIII Z 4 AVB Elt) . . . . .	86
V. Schlußbetrachtung . . . . .	87



<b>Verbraucherschutz gegenüber Verkehrsbetrieben</b>	<b>Seite</b>
von Univ.-Prof. Dr. <i>Theo Öhlinger</i> , Wien	
I. Einleitung . . . . .	95
1. Notwendigkeit eines Verbraucherschutzes gegenüber der öffentlichen Hand . . . . .	95
2. Rechtlicher Schutz des Konsumenten von Leistungen der öffentlichen Hand . . . . .	96
II. Der Betrieb von Eisenbahnen als öffentliche Aufgabe und seine Rechtsstruktur . . . . .	98
1. Historische Entwicklung . . . . .	98
2. Rechtsstruktur . . . . .	99
III. Verbraucherschutz im öffentlich-rechtlichen Eisenbahnrecht . . .	101
1. Der Eisenbahnbetrieb als öffentliche Aufgabe . . . . .	101
2. Betriebspflicht . . . . .	102
3. Tarifpflicht . . . . .	102
4. Beförderungspflicht . . . . .	104
5. Konkurrenzschutz . . . . .	104
6. Sicherheit . . . . .	105
IV. Verbraucherschutz im zivilrechtlichen Eisenbahnrecht . . . . .	105
1. Die Rechtsnatur der Beziehung zwischen Eisenbahn und Benützer . . . . .	105
2. Sachlicher Geltungsbereich . . . . .	108
3. Beförderungspflicht . . . . .	108
4. Tarifpflicht . . . . .	109
5. Sonstige Informationspflichten . . . . .	110
6. Fahrkarte . . . . .	110
7. Zugsverspätungen . . . . .	113
8. Gepäck . . . . .	113
9. Beschwerderecht . . . . .	114
V. Bewertung . . . . .	114

**Konsumentenschutz und Sozialrecht**  
von Univ.-Prof. Dr. *Heinz Krejci*, Graz

I. Problemstellung . . . . .	119
II. Anliegen des Konsumentenschutzes . . . . .	119
1. Kein eigenes Rechtsgebiet des Konsumentenschutzes . . . . .	120
2. Zum Instrumentarium des Konsumentenschutzes . . . . .	121
a) Der Schutz vor Überrumpelung . . . . .	121
b) Der Schutz gegen „Kleingedrucktes“ . . . . .	122
c) Der Schutz vor „gröblicher Benachteiligung“ . . . . .	122
d) Die Verbandsklage . . . . .	123



	Seite
III. Anliegen des Sozialrechtes . . . . .	123
1. Sozialrecht: Definitionsversuche . . . . .	123
2. Aufgaben des Sozialrechtes . . . . .	124
3. Die sozialrechtlichen Sicherungsfälle . . . . .	125
4. Abgrenzung des Sozialrechts gegenüber anderen Formen „gemeinschaftlicher“ Risikotragung . . . . .	126
5. Prinzipien des Sozialrechts . . . . .	127
6. Die öffentlichrechtliche Grundlage des Sozialrechts . . . . .	128
IV. Sozialrecht und „Ungleichgewichtslage“ . . . . .	129
V. Sozialrecht und „Überrumpelung“ . . . . .	130
1. Schutzzweck des Sozialrechts und Gesetzeszwang . . . . .	131
2. Nischen privatautonomer Gestaltung im Sozialrecht . . . . .	132
3. Kein Raum für Rücktrittsrechte bei Haustürgeschäften . . . . .	132
VI. Sozialrecht und „Kleingedrucktes“ . . . . .	134
1. Das Legalitätsprinzip als Konsumentenschutzbestimmung . . . . .	134
2. Der sozialrechtliche „Wildwuchs“ als Reformproblem . . . . .	134
a) Fehlende Rechtsberatung . . . . .	135
b) Fehlende Informations- und Aufklärungspflichten . . . . .	136
c) Die Ansicht der Gerichte und der Lehre . . . . .	136
d) Die Lage im deutschen Sozialrecht . . . . .	139
3. Auftrag zur Reform: Ein allgemeinverständliches Sozialrecht . . . . .	140
VII. Sozialrecht und „benachteiligende“ Regelungen . . . . .	141
1. Das gewollte Prinzip des „sozialen Ausgleichs“ . . . . .	141
2. Verfassungsrechtlicher Schutz des „sozialen Besitzstandes“? . . . . .	142
3. Die „Gnade-vor-Recht“-Mentalität des österreichischen Sozialrechts . . . . .	142
VIII. Sozialrecht und Rechtsschutz . . . . .	144
1. Die Notwendigkeit einer umfassenden gerichtlichen Kontrolle . . . . .	144
a) Verbesserung durch die Sozialgerichtsbarkeit? . . . . .	144
b) Schiedsgerichte: Kein „leichter Zugang zum Recht“ . . . . .	145
c) Die notwendige Erweiterung der Sozialgerichtsbarkeit . . . . .	147
2. Die Probe aufs Exempel: Ungeklärte Vollstreckung gegen den Rechtsträger . . . . .	147
3. Plädoyer für eine umfassende Verwaltungsgerichtsbarkeit im Sozialbereich . . . . .	151
IX. Ergebnisse . . . . .	152



	Seite
III. Anliegen des Sozialrechtes . . . . .	123
1. Sozialrecht: Definitionsversuche . . . . .	123
2. Aufgaben des Sozialrechtes . . . . .	124
3. Die sozialrechtlichen Sicherungsfälle . . . . .	125
4. Abgrenzung des Sozialrechts gegenüber anderen Formen „gemeinschaftlicher“ Risikotragung . . . . .	126
5. Prinzipien des Sozialrechts . . . . .	127
6. Die öffentlichrechtliche Grundlage des Sozialrechts . . . . .	128
IV. Sozialrecht und „Ungleichgewichtslage“ . . . . .	129
V. Sozialrecht und „Überrumpelung“ . . . . .	130
1. Schutzzweck des Sozialrechts und Gesetzeszwang . . . . .	131
2. Nischen privatautonomer Gestaltung im Sozialrecht . . . . .	132
3. Kein Raum für Rücktrittsrechte bei Haustürgeschäften . . . . .	132
VI. Sozialrecht und „Kleingedrucktes“ . . . . .	134
1. Das Legalitätsprinzip als Konsumentenschutzbestimmung . . . . .	134
2. Der sozialrechtliche „Wildwuchs“ als Reformproblem . . . . .	134
a) Fehlende Rechtsberatung . . . . .	135
b) Fehlende Informations- und Aufklärungspflichten . . . . .	136
c) Die Ansicht der Gerichte und der Lehre . . . . .	136
d) Die Lage im deutschen Sozialrecht . . . . .	139
3. Auftrag zur Reform: Ein allgemeinverständliches Sozialrecht . . . . .	140
VII. Sozialrecht und „benachteiligende“ Regelungen . . . . .	141
1. Das gewollte Prinzip des „sozialen Ausgleichs“ . . . . .	141
2. Verfassungsrechtlicher Schutz des „sozialen Besitzstandes“? . . . . .	142
3. Die „Gnade-vor-Recht“-Mentalität des österreichischen Sozialrechts . . . . .	142
VIII. Sozialrecht und Rechtsschutz . . . . .	144
1. Die Notwendigkeit einer umfassenden gerichtlichen Kontrolle . . . . .	144
a) Verbesserung durch die Sozialgerichtsbarkeit? . . . . .	144
b) Schiedsgerichte: Kein „leichter Zugang zum Recht“ . . . . .	145
c) Die notwendige Erweiterung der Sozialgerichtsbarkeit . . . . .	147
2. Die Probe aufs Exempel: Ungeklärte Vollstreckung gegen den Rechtsträger . . . . .	147
3. Plädoyer für eine umfassende Verwaltungsgerichtsbarkeit im Sozialbereich . . . . .	151
IX. Ergebnisse . . . . .	152



<b>Konsumentenschutz im Bereich der Subventionsverwaltung</b>	<b>Seite</b>
von Univ.-Prof. Dr. <i>Richard Novak</i> , Graz	
I. Gegenstand und Abgrenzungen . . . . .	157
1. Die gesellschaftspolitische Dimension . . . . .	157
2. „Konsumentenschutz“ und „Subvention“ . . . . .	158
3. „Privatwirtschaftsverwaltung“ im Zwielficht . . . . .	160
a) Das Mißverhältnis zwischen dem expandierenden Sozialstaat und der normativen Ordnung . . . . .	160
b) Die Privatwirtschaftsverwaltung als „Grenzgänger“ . . . . .	161
II. Die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen . . . . .	162
1. Die Abgrenzung zwischen Hoheits- und Privatwirtschafts- verwaltung . . . . .	163
a) Die Grundsatzentscheidung des VfGH . . . . .	163
b) Die Auffassung des deutschen Rechts . . . . .	164
2. Privatwirtschaftsverwaltung und Kompetenzverteilung . . . . .	166
a) Der „transkompetente“ Charakter der Privatwirtschafts- verwaltung . . . . .	166
b) Die Folgen der „Transkompetenz“ . . . . .	167
c) Art 17 B-VG und gesetzliche „Selbstbindung“ . . . . .	168
3. Privatwirtschaftsverwaltung und Legalitätsprinzip . . . . .	169
a) Divergenz zwischen VfGH und VwGH . . . . .	169
b) Trends zur Verrechtlichung der Subventionsverwaltung . . . . .	170
4. Das Rechtsschutzproblem	
a) Konzentration des Rechtsschutzes auf den hoheitlichen Verwaltungsakt . . . . .	171
b) Kein Rechtsschutz bei „Realakten“ der Privatwirtschafts- verwaltung . . . . .	172
c) Kein Rechtsschutz bei informeller Ablehnung der Subvention . . . . .	174
d) Kein Rechtsschutz bei Untätigkeit . . . . .	174
5. Das Problem aus deutscher Sicht . . . . .	175
a) Abschied vom „Eingriffsvorbehalt“? . . . . .	175
b) Die „Zweistufen-Theorie“ Ipsens . . . . .	177
c) Umfassende Verwaltungsgerichtsbarkeit . . . . .	178
III. Die einfachgesetzliche Lage . . . . .	179
1. Die Tendenz zum Subventions-Gesetz . . . . .	179
2. Die gesetzlichen Förderungstypen . . . . .	182
a) Der Typus „Studienförderung“ . . . . .	182
b) Die rein zivilrechtliche Subvention . . . . .	183
c) Mischformen . . . . .	184
3. „Selbstbindung“ und Bundesverfassung . . . . .	185
IV. Wege zur Reform . . . . .	188
1. Verfassungsreform? . . . . .	188
2. Der öffentlichrechtliche Ansatz . . . . .	190
3. Der zivilrechtliche Ansatz . . . . .	192
V. Zusammenfassung in Leitsätzen . . . . .	195



<b>Konsumentenschutz und Abgabenrecht</b>	<b>Seite</b>
von Univ.-Prof. DDr. <i>Hans Georg Ruppe</i> , Graz	
I. Problemstellung . . . . .	197
1. Rekurs auf den Grundgedanken des Konsumentenschutzes . . .	198
2. Analogien zwischen Verbrauchergeschäft und Abgabenerhebung	198
3. Ziel der Untersuchung . . . . .	199
II. Ungleichgewichtslagen bei der Entstehung von Steuerschuld- verhältnissen . . . . .	200
1. Unübersichtlichkeit, Kompliziertheit und Beliebigkeit des Rechtsstoffes . . . . .	201
2. Unsicherer Bedeutungsgehalt der Normen . . . . .	202
3. Erlässe . . . . .	205
4. Auskünfte . . . . .	205
a) Gesetzlich vorgesehene Auskünfte . . . . .	206
b) Gesetzlich nicht vorgesehene Auskünfte . . . . .	208
5. Persönliche Reichweite der Steuerschuld . . . . .	208
III. Probleme des Rechtsschutzes . . . . .	209
1. Rechtsmittelverzicht . . . . .	210
2. Verböserungsmöglichkeit . . . . .	212
a) Der Gegensatz zur Regelung im Strafverfahren . . . . .	212
b) Das Verböserungsverbot bei Wiederaufnahme (§ 307 BAO) .	213
3. Die Wirkung der Berufung . . . . .	215
IV. Bestandskraft von Abgabenbescheiden . . . . .	217
V. Ergebnis . . . . .	220
 <b>Zusammenfassung der Ergebnisse der vorliegenden Studien und Vorschläge an den Gesetzgeber</b>	
von Univ.-Prof. Dr. <i>Bernd Schilcher</i> , Graz	
I. Übersicht über die dargestellten Mängel im Rechtsschutz der Bürger und Reformvorschläge der einzelnen Autoren . . . . .	223
II. Zusammenfassende Vorschläge an den Gesetzgeber zur Verbesserung des Rechtsschutzes des einzelnen Bürgers im öffentlichen Bereich . .	231
 <b>Anhang: Ergebnisse der empirischen Untersuchung zum „Konsumentenschutz im öffentlichen Bereich“</b> . . . . .	235